

16-01-07

Beispiel Afghanistan

*Ein enttäuschender Beitrag
über deutsche und rot-grüne
„zivilgesellschaftliche Stärken“*

Fritz W. Peter

- **Parlamentarische Anfrage
an die Bundesregierung**
v. 6.2.02

- **2 vorangegangene mails**
v. 30.1. u. 2.2.02

- **Antwort der rotgrünen
Bundesregierung**
v. 25.2.02

- **Anschreiben [zur
Analyse und Kritik
der Regierungs- und
Oppositionsarbeit]**
v. 17.3.02

Peter Hintze

Mitglied des Deutschen Bundestages
- Europapolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion -

*Parlamentarische
Anfrage*

**Frage an die Bundesregierung zur schriftlichen
Beantwortung**

1. Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, sich in Afghanistan am Aufbau der Verwaltung zu beteiligen?

Berlin, den 6.2.2002

Peter Hintze

[Dankenswerterweise war Herr Hintze aufgrund der beiden nachfolgend wiedergegebenen e-mails aus seinem Wahlkreis tätig geworden, indem er die Parl. Anfrage an die Bundesregierung richtete:](#)

e-mail: 30.1.02

Sehr geehrter Herr Hintze,

die T-Online-Homepage meldete gerade (ich kopiere es hier hinein):

"Der afghanische Wiederaufbauminister Amin Farhang sagte im ARD-Morgenmagazin, die Regierung könne die Gehälter ihrer Angestellten nicht zahlen. Es gebe Lohnrückstände von sechs Monaten. Kritik übte Farhang an Deutschland. Von den zugesagten Zahlungen habe er bisher nichts gesehen. ..."

Warum stellt die Opposition im Bundestag keine Anfrage an die Entwicklungsministerin und den Außenminister?

Warum wird die gern "internationalistisch" parlierende, aber in entscheidenden außenpolitischen Fragen meist "provinzialistisch" reagierende Sozialdemokratie nicht vorgeführt? Nicht einmal in Wahlkampfzeiten wird das außen- und staatspolitische Manko der SPD vorgeführt!

Die einfache parlamentarische Anfrage, wie oben vorgeschlagen, würde doch bereits ausreichen, um zu verdeutlichen, wie es um die Handlungsfähigkeit einiger wortreich agierender Gegenspieler bestellt ist!

Man sah Frau Wieczorek-Zeul u. Herrn Fischer in den vergangenen Monaten unablässig wortreich argumentieren für Aufbauhilfe. Die Opposition nimmt beide kaum beim Wort. Afghanistan, auf das die Welt mit vielen Zusagen und mit der Frage schaut, ist Entwicklung in dieser Region überhaupt substanziell möglich, bietet eine singuläre Möglichkeit zur Demonstration konzertierter, effektiver Hilfe. Man muss es aber auch tun!

Die Frage der Entwicklung stellt sich hier paradigmatisch! Exemplarischer, nachdrücklicher kann sie sich nicht mehr stellen! Hat man das möglicherweise noch nicht überall begriffen?

Mit besten Grüßen
Fritz W. Peter

Fon (0202) 73 18 23, Fax 73 18 27, email: peter@4pe.de,
Herderstr. 62, 42327 Wuppertal, Web-Adresse: www.4pe.de

Sehr geehrter Herr Hintze,

gern möchte ich unterstellen, dass Sie die Post von unserer Seite (neben Ihren vielen, vorrangigen Aufgaben) ernsthaft zur Kenntnis nehmen.

Bevor wir nur für die sprichwörtliche Schublade formulieren, bitten wir Sie um einen Hinweis Ihres Büros, welchen Fraktionskollegen/-kollegin wir zusätzlich oder alternativ mit unseren Anliegen ansprechen sollten.

Die letzte Sitzung des Afghanistan-Arbeitskreises förderte eine Idee zutage, die ich hier gern weitergeben möchte -- auch deshalb, weil der Kanzler dieser Tage lediglich davon sprach, dass beim Aufbau der POLIZEI geholfen werden sollte (offenbar als Ersatz für die Nichtübernahme der Führungsrolle bei der Truppe).

Von CDU-Seite könnte (öffentlichkeitswirksam) stärker ins Gespräch gebracht werden, dass beim Aufbau der VERWALTUNGSSTRUKTUREN nachhaltige Unterstützung gegeben werden sollte. Gerade haben wir - im großen Maßstab - in der anderen Hälfte Deutschlands Verwaltungsstrukturen aufgebaut.

Ohnehin ist ja für unser Land Verwaltungstradition fast sprichwörtlich! Eine (man könnte sagen) furchterregende Zahl von Menschen in unserem Land übt Verwaltungsfunktionen aus, d.h. verfügt über Verwaltungserfahrung. An Fachkräften (Erfahrungsmasse) besteht also kein Mangel.

Auf dem Sektor der Verwaltungshilfe kann zudem - leichter als bei Polizei und Militär - auf weibliche Fachkräfte zurückgegriffen werden.

Es ist für die Entwicklung Afghanistans wichtig, dass von Anfang an der Gefahr entgegen gewirkt wird, die in sozialer Herabstufung der Frauen liegt. Qualifizierte Kräfte werden nicht in ausreichender Zahl nach Afghanistan zurückkehren, wenn Frauen in die sogenannte "traditionelle" Rolle schlüpfen sollen. Rückkehrwillige Afghanen würden dies ihren Frauen nicht zumuten wollen, rückkehrwillige Afghaninnen wären wohl noch weniger bereit dazu! Das Land braucht diese Menschen!

Eine Entwicklung in Richtung aufgeklärter Staat ist ohne das Potential der Rückkehrwilligen wenig wahrscheinlich, im Klartext: unmöglich! Wenn es gelänge, diejenigen Menschen in Afghanistan, die nun für die Übernahme von Aufgaben in der aufzubauenden Verwaltung herangezogen und trainiert werden sollen, u.a. auch von fachkundigem *weiblichem* Verwaltungspersonal ausbilden zu lassen, so könnte damit ein sicher schwer aus männlichem Bewusstsein zu verdrängendes Zeichen gesetzt werden!

[mail v. 2.2.02, S. 2]

Es muss doch möglich sein, die Entwicklungsministerin (eine Frau, der das Emanzipationsanliegen wichtig ist) mit diesem Vorschlag herauszufordern.

Ich darf nochmals meine Mail v. letzter Woche in Erinnerung bringen (darin bitten wir um die Einbringung einer parlamentarischen Anfrage -- auch um den politischen Gegner in seinem Selbstverständnis herauszufordern u. in Zugzwang zu bringen).

Freilich befürchte ich sehr stark, hoffentlich zu Unrecht, dass die Anregungen nicht aufgenommen, vielleicht nur belächelt werden. Aber schwach sind nicht die vorgebrachten Anregungen, schwach - bis unsichtbar - ist bisher lediglich der Beitrag unserer CDU in der Herausforderung der rotgrünen Regierung in puncto Ideen und Beistand für Afghanistan.

Bei der Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesreserveliste für die Bundestagswahlen am Mi. d. 13. Februar, bei der Sie anwesend sein werden, darf ich Sie auf unsere Anliegen nochmals ansprechen.

Mit besten Grüßen

Fritz W. Peter

[Die Parlamentarische Anfrage, die Herr Hintze mit Datum v. 6.2.02 einbrachte, wurde zuständigkeitshalber v. Ludger Vollmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, beantwortet:](#)

[s. umseitig]

[exakte Wiedergabe des Schreibens von Herrn Volmer]

Dr. LUDGER VOLMER
STAATSMINISTER IM AUSWÄRTIGEN AMT

10117 BERLIN, D. 25.2.2002
WERDERSCHER MARKT 1
FERNRUF: 01888 - 17 24 49
TELEFAX: 01888 - 17 32 89

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Peter Hintze
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Betr.: Schriftliche Fragen für den Monat Februar 2002

Hier: Frage Nr. 2/67

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage:

Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, sich in Afghanistan am Aufbau der Verwaltung zu beteiligen?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung misst der Bildung einer funktionsfähigen Verwaltung eine grundlegende Bedeutung für eine friedliche Zukunft und einen erfolgreichen Wiederaufbau in Afghanistan bei.

Bereits durch das deutsche Engagement im Rahmen der Petersbergkonferenz, welche die Einsetzung einer Übergangsverwaltung zum Ergebnis hatte, wurde das deutlich. Im Rahmen der Wiederaufbauprojekte, die aus Mitteln des Stabilitätspaktes Afghanistan vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit durchgeführt werden, spielt der Aufbau demokratischer Strukturen in der Verwaltung eine wesentliche Rolle. Deutschland übernahm auf Bitten der afghanischen Regierung die internationale Führungsrolle beim Wiederaufbau der afghanischen Polizei. In Ausübung der Führungsrolle hatte die Bundesregierung [fehlendes Komma] die afghanische Interims-

administration, achtundzwanzig Geberstaaten und elf internationale Organisationen bzw. Sondergesandte zu einem Koordinierungstreffen nach Berlin am 13. Februar 2002 eingeladen. Im Ergebnis wird das Bundesministerium des Innern zur Durchführung des Projektes kurzfristig in Kabul einen Verbindungsstab mit zunächst zehn Polizeibeamten aus Bund und Ländern einrichten, dessen Aufgabe die Koordinierung der internationalen Hilfe und die Beratung des afghanischen Innenministeriums ist. Schwerpunkt ist die Hilfe bei der Errichtung einer Polizeiakademie und die Ausbildung der afghanischen Polizisten. Mit der baulichen Sanierung der Polizeiakademie Kabul hat das Technische Hilfswerk bereits begonnen. In den nächsten Monaten sollen rund 25.000 afghanische Polizisten und Polizistinnen ausgebildet werden. Darüber hinaus wird die Bundesregierung kurzfristig 48 Kleinbusse für die afghanische Polizei bereitstellen.

Die afghanische Interimsadministration hat bei dem Berliner Treffen am 13.02.02 angekündigt, beim Wiederaufbau der afghanischen Polizei der Einhaltung völkerrechtlicher Menschenrechtsstandards und der Integration der Frauen besondere Bedeutung beizumessen. Es bestand auch Einvernehmen, dass von Anfang an wirksame Maßnahmen zur nachhaltigen Beseitigung des Rauschgifthanbaus und des Drogenhandels unerlässlich sind.

Neben dem Polizeiaufbau plant das Auswärtige Amt, sich bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften aus der Verwaltung sowie der Diplomatenausbildung zu engagieren.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird ebenfalls den Aufbau der Verwaltung mittels verschiedener Instrumente unterstützen. Für das Frauenministerium wurden bereits 10 PCs mit Druckern geliefert, eine Kurzzeit-Beratungsmission ist vor Ort. Zur Identifizierung weiterer Ansätze für die Technische Zusammenarbeit (TZ) wird eine Mission der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Kürze ausreisen. Mögliche Ansatzpunkte bestehen im Frauenministerium sowie im Wiederaufbaumministerium oder im Finanzministerium. Darüber hinaus ist geplant, die Verwaltung mittels Experten des Zentrums für internationale Migration (CIM) zu unterstützen. Prioritär sind hierbei Bereiche, die auch mit anderen Förderinstrumenten, wie der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ), unterstützt werden, insbesondere Gesundheit und Bildung.

Mit freundlichen Grüßen

[L. Volmer]

Die Unionsführung reagierte nicht mehr auf die dürftigen Auskünfte in dieser Antwort. Mit dem Entwurf einer Analyse u. Kritik an der Antwort Vollmers gelang es mir nicht, die Auseinandersetzung noch einmal anzustoßen. Das hier wiedergegebene Schreiben an Herrn Hintze wurde seinerzeit auch an die in entwicklungspolitischen Fragen zuständigen Parlamentarier der Union weitergegeben. Auch zahlreiche telefonische Nachfragen wurden nur „begütigend“ beantwortet. Belege zum damaligen Schriftverkehr u. den sonstigen Bemühungen sind vorhanden und können jederzeit beigebracht werden:

Fritz W. Peter

Wuppertal, d. 17. März 2002

**Herrn Peter Hintze, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik Nr.1
11011 Berlin**

Stellungnahme zur Antwort auf die Parl. Anfrage vom 6.2.02

Sehr geehrter Herr Hintze,

Ihre Anfrage an die Bundesregierung war wie folgt formuliert:

„Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, sich in Afghanistan am Aufbau der Verwaltung zu beteiligen?“

Die Antwort erfolgte mit Datum vom 25.2.02 durch den Staatsminister im Auswärtigen Amt Ludger Volmer. Erster Satz der Antwort:

„Die Bundesregierung misst der Bildung einer funktionsfähigen Verwaltung eine grundlegende Bedeutung für eine friedliche Zukunft und einen erfolgreichen Wiederaufbau in Afghanistan bei.“

Diese salbungsvolle politische Rhetorik ist in sich bereits keine Antwort auf Ihre Frage, was die Regierung zu tun gedenkt!

Es folgen einige Angaben zum Aufbau der afghanischen Polizei unter deutscher Mithilfe. In diesem Punkt ist die Antwort Volmers konkret. Die wenigen dann folgenden Zeilen – ganze zwölf Zeilen – beziehen sich auf das Thema Ihrer Anfrage. Zunächst heißt es dort:

„Neben dem Polizeiaufbau plant das AA, sich bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften aus der Verwaltung sowie der Diplomatenausbildung zu engagieren.“

Wie und wann und in welchem Umfang dies geschehen soll, wird mit keinem Wort erläutert. Nicht einmal die Planung wird näher umrissen, also Planungsaufwand, zeitlicher Horizont, personelle Ressourcen. Es ist anhand der Angaben Volmers nicht festzustellen, ob mit minimalem personellen Ressourceneinsatz geplant wird oder zum Beispiel ein ganzer Stab systematisch und mit konkreten Zeitvorgaben und Realisierungszielen vorzeigbare Planung betreibt.

Es ist auch nicht ersichtlich, ob im Rahmen der angeblich geplanten Führungskräfte-schulung z.B. daran gedacht ist, einige Schulungen gezielt hier in Deutschland durchzuführen, um die Schulungsreferenten an ihre Aufgabe heranzuführen, die sie dann evtl. anschließend in Afghanistan auch weiter wahrnehmen würden. Um Gefährdungen zu reduzieren und den Einsatz von weiblichem Schulungspersonal zu erleichtern, könnte dies ein sinnvoller, vorteilhafter Weg sein. Mit diesen letzteren Bemerkungen soll aber nur aufgezeigt werden, dass konkretere Angaben auch im Planungsstadium durchaus möglich gewesen wären. Fehlt es an solchen Planungen?

Im weiteren Text des Herrn Volmer findet sich der „aussagekräftige“ Hinweis, dass das BMZ „den Aufbau der Verwaltung mittels verschiedener Instrumente unterstützen (werde).“

Donnerwetter!

Auch der nächste Satz hat es in sich: Es „wurden bereits 10 PCs mit Druckern geliefert ...“.

Zum Vergleich: **Allein das Lehrer-Ehepaar Meyer-Oehme, beide über bzw. um 70 Jahre u. früher an der Amani-Schule in Kabul tätig, hat aus privaten Spenden und eigenem Geld mehr für die PC-Ausstattung ihrer geliebten früheren Schule getan als offenbar Deutschland insgesamt durch seine Bundesregierung für die Verwaltung Afghanistans. Es sei hier an den salbungsvollen Eingangssatz des Staatsministers Vollmer erinnert. Peinlich für unser Land, dem die Afghanen aufgrund vergangener Verdienste viel Hochachtung entgegenbringen!**

Im Weiteren folgt der ungemein hilfreiche und markante Satz Vollmers:

„Mögliche Ansatzpunkte bestehen im Frauenministerium sowie im Wiederaufbauministerium oder im Finanzministerium.“

Die wenigen übrigen Bemerkungen geben in gleicher Weise keinen Aufschluss, d.h. bestehen in vagen Allgemeinaussagen.

Man stelle die hochtönenden Reden unserer rotgrünen Vertreter (die zur Abgrenzung gegen die amerikanische Politik so betont gern auf die zivilen Hilfserfordernisse verwiesen haben) den konkreten – nämlich gegen null tendierenden – Hilfeleistungen gegenüber!

Eine Fülle weiterer Anmerkungen wären hier angebracht; ich möchte mit einer einzigen schließen, die nachdenklich stimmen sollte:

Es entsprach in vielen Fällen dem Profil der **DDR**-, „Entwicklungshilfe“ (als Teilstrategie innerhalb der Ostblock-, „Entwicklungshilfe“), Polizei, Sicherheits- und Nachrichtendienste in den Zielländern aufzubauen. In diesen Bereichen bestand eine realsozialistische Kompetenz, die von manchen Regimen in der Dritten Welt gern genutzt wurde (so z.B. in Ostafrika). Zivile wirtschaftliche oder humanitäre Hilfe wurde dagegen nicht (od. nahezu nicht) geleistet (mit wenigen Ausnahmen). Wir nähern uns ein wenig diesem Profil; denn außer der wertvollen (!), möglichst zu verstärkenden Unterstützung für die Sicherheitsbelange Afghanistans werden – geht man von den Ausführung Vollmers namens seiner Regierung aus – nur sehr dürftige, kaum konkretisierte zivilgesellschaftliche Unterstützungen geleistet.

Die Mittel unseres Landes sind begrenzt und Hilfsbedarf in der Welt gibt es überall, wird gern eingewandt, wenn man auf konkretere Hilfszusagen und tatsächliche Hilfe drängt. Darauf erlaube ich mir eine Antwort, die auf der Hand liegt und längst begriffen sein müsste:

Afghanistan bietet in historisch fast singulärer, schwer wiederholbarer Weise die Chance, den Nachweis der Wiederaufbaumöglichkeit zu erbringen und damit für andere bedürftige Länder und Regionen auch Hinweischarakter zu entwickeln. Allerdings setzt dies konzentrierten Einsatz und gute Konzepte voraus.

Die Welt hat in einer großen Allianz zusammengestanden, um die Besetzung des Landes durch arabische Terroristen sowie durch (an pakistanischen Madrassas fremderzogene) religiös fanatisierte Taliban zu beenden. Die USA steuerten (vor dem Hintergrund des 11. September, dessen Wiederholung – zur Mobilisierung von politischem Willen – doch wohl niemand wünschen möchte) ihrerseits eine innenpolitische Konstellation bei, die nicht dauerhaft abrufbar ist und zu einer

punktgenauen Aktion führte, getragen von außerordentlicher Entschlossenheit, die für den Erfolg auch benötigt wurde!

Mit anderen Worten, wenn diese Situation und Chance verspielt würde, wieviel mehr müsste dann davon ausgegangen werden, dass Entwicklungsaufgaben in vielen anderen Teilen der Welt noch viel weniger Erfolgchance besitzen!

Wer hier nichts tut, hat in Wahrheit bzgl. der Entwicklung eines Großteils der Welt bereits resigniert. Wer hier nichts tut, aber den Begriff „Zivilgesellschaft“ vor sich her trägt, tut es in modischer Attitüde. Glaubwürdigkeit im Urteil der bedürftigen Länder werden wir auf diese Weise kaum erwerben?

[...]

Mit freundlichen Grüßen

[*Fritz W. Peter*]

Kleines Fazit:

Die Argumente haben freilich niemanden interessiert. Den deutschen Menschen an und für sich interessiert eben nur die Gesundheitsreform und – logischerweise – ist mancher Volksvertreter auch nur ein solcher deutscher Mensch. Nabelschau ist die verbindende Klammer in unserer Parteienlandschaft und wird gern u. wortreich auch noch als politische Führung ausgegeben.

Möglicher alternativer Titel für den hier vorgelegten Text:

„Warum wir 600 Abgeordnete, einen riesigen Regierungsapparat und üppige Diäten benötigen und warum Unternehmen mit einer dünnen Personaldecke so viel schneller sind“, kurz: „Selbstversorgung ist der Pfad und Kompass des Mitteleuropäers zum Glück“. Als Ikonen dieses Wegs werden hier Schröder, Hartz u. Volkert in Vorschlag gebracht. Es gibt aber weitere Titelanwärter.